Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1932

9.11.1932 (No. 263)

Visual Library

Nr. 263 — Mittwoch, den 9. November 1932 — 175. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 — Fernsprecher Nr. 953 und 954 — Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der deutsche Außenhandel im 3. Vierteljahr 1931

Ausfuhrüberschuß 847 Millionen Reichsmark gegen 1962 Millionen Reichsmark 1931

Die rückläufige Bewegung der **Einfuhr** hat auch im dritten Vierteljahr angehalten. Mengenmäßig beträgt die Abnahme der Einfuhr gegenüber dem vorangegangenen zweiten Vierteljahr rund 3 v. H. Da die Durchschnittswerte für die Gesamteinfuhr um etwa 4½ v. H. gesunken sind, ergibt sich für den **Wert** der Gesamteinfuhr eine **Abnahme von fast 7½ v. H.** Diesem Prozentsatz entspricht ein Rückgang um 85 Millionen Reichsmark, von denen 47 Millionen Reichsmark auf die Einfuhr von Lebensmitteln, 24 Millionen Reichsmark auf die Rohstoffeinfuhr und 15 Millionen Reichsmark auf die Fertigwareneinfuhr entfallen.

Der Einfuhrrückgang entfällt überwiegend auf die Warenbezüge aus **Übersee.** Der Rückgang der Einfuhr aus Europa beträgt nur 22 Millionen Reichsmark und zeigt sich in erster Linie bei den Warenbezügen aus Spanien (— 12 Millionen Reichsmark), der UdSSR. (— 11 Millionen Reichsmark), den Niederlanden (— 7 Millionen Reichsmark) und Großbritannien (— 6 Millionen Reichsmark). Die **Ausfuhr** ist vom zweiten zum dritten Vierteljahr der Menge nach um ½ v. H. gestiegen. Da jedoch die Durchschnittswerte der Gesamtausfuhr um 6 v. H. (der Fertigwaren allein um 5 v. H.) gesunken sind, ergibt sich dem **Wert** nach ein **Ausfuhrrückgang um rund 5½** v. H. (bei den Fertigwaren, die der Menge nach um fast 2 v. H. abgenommen haben, um 7 v. H.). Die mengenmäßig leichte Zunahme der Gesamtausfuhr ist durch die Lebensmittelausfuhr bedingt, die dem Volumen nach erheblich gestiegen ist.

Von dem Gesamtrückgang der Ausfuhr um 79 Millionen Reichsmark entfallen 74 Millionen Reichsmark auf die Warenlieferungen nach den **europäischen** Ländern. Insbesondere hat die Ausfuhr nach der UdSSR (— 46 Millionen Reichsmark), nach Frankreich (— 25 Millionen Reichsmark) und nach der Tschechoslowakei (— 8 Millionen Reichsmark) abgenommen. Nach einigen Ländern hat die Ausfuhr eine leichte Zunahme erfahren; in bedeutenderem Umfang hat der Warenabsatz nach Großbritannien (+ 21 Millionen Reichsmark) zugenommen.

Die geringe Abnahme der Ausfuhr nach **Übersee** (— 5 Millionen Reichsmark) beruht auf verminderten Warenlieferungen nach den Vereinigten Staaten und Japan, denen vermehrte Warenlieferungen nach Südafrika und dem Australischen Bund gegenüberstehen.

Die **Handelsbilanz** schließt im dritten Vierteljahr mit einem **Ausfuhrüberschuß von 245 Millionen Reichsmark** gegenüber 240 Millionen Reichsmark im zweiten und 363 Millionen Reichsmark im ersten Vierteljahr ab.

Für den Zeitraum Januar/September 1932 (1931) schließt die Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von **847 Millionen Reichsmark** (1962 Millionen Reichsmark) ab. Es beträgt der Ausfuhrüberschuß im Warenverkehr mit Europa 1634 Millionen Reichsmark (2886 Millionen Reichsmark), der Einfuhrüberschuß im Handelsverkehr mit Übersee 765 Millionen Reichsmark (896 Millionen Reichsmark).

Die Arbeitsmarktlage im Reich

5 109 000 Arbeitslose

Wie es im Bericht der Reichsanstalt vom 16. bis einschließlich 31. Oktober 1932 heißt, ergeben die Meldungen der Arbeitsämter für Ende Oktober 1932 eine **Gesamtzahl von rund 5 109 000 Arbeitslosen.** Damit ist die Steigerung der Arbeitslosigkeit, die der Bericht über die erste Hälfte dieses Monats aufwies, fast völlig ausgeglichen. Gegenüber Ende September mit einer Arbeitslosenzahl von 5 103 000 ergibt sich nur eine ganz geringfügige Zunahme. Im **Vorjahr** war die Zahl der Arbeitslosen zwischen den beiden Stichtagen von Ende September und Ende Oktober im ganzen um rund 269 000 gestiegen.

Die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Zahlen wird durch die Gegenüberstellung der Entwicklung in den **Saisonaußenberufen** und derjenigen in den **übrigen Gruppen** etwas aufgehellt. Während nämlich in den Saisonaußenberufen die Zahl der Arbeitslosen in der zweiten Hälfte Oktober weiter, und zwar um rund 25 000, zugenommen hat, ist sie in den überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen um rund 66 000 gefallen. In der Vergleichszeit des Vorjahres dagegen stieg die Arbeitslosigkeit in allen Berufsgruppen, da sich mit einer wesentlich stärkeren saisonmäßigen Verschlechterung noch ein konjunkturelles Absinken verband.

Im **Freiwilligen Arbeitsdienst** waren Ende Oktober etwa 250 000 junge Menschen beschäftigt, also noch um etwa 40 000 mehr als Ende September. Ihre Zahl ist in der angegebenen Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 31. Oktober rund 582 000, in der Krisenfürsorge rund 1 139 000 Arbeitslose betreut. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um rund 36 000 zurückgegangen. In der öffentlichen Fürsorge wurden rund 2 141 0000 Wohlfahrtserwerbslose unterstützt, die von den Arbeitsämtern als solche bis zum Stichtage anerkannt waren, d. h. rund 94 000 mehr als bei der letzten, Ende September durchgeführten Zählung.

Die Winterzulage für die Arbeitslosen. Nach den im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Durchführungsbestimmungen ist die Winterzulage, die den Arbeitslosen für die Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 in der Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung gewährt werden soll, jeweils für sechs Unterstützungstage auszuzahlen. Die ersten Zulagen werden am Zahltage **vom 8. November** zur Auszahlung gelangen können.

Letzte Nachrichten

Roosevelt gewählt

Ueberwältigender Sieg des demokratischen Kandidaten

WTB. New York, 9. Nov. (Tel.) Der demokratische Präsidentschaftskandidat Roosevelt ist mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Von den insgesamt 531 Wahlmännerstimmen erhielt Roosevelt 453 und Hoover nur 78 Wahlmännerstimmen.

Zum Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten ist John Garner gewählt worden.

Der unterlegene Kandidat Hoover hat — wie das Tradition in Amerika ist — dem neuen Präsidenten folgendes Telegramm gesandt: „Ich beglückwünsche Sie zu der Gelegenheit, die Ihnen geboten wird, dem Lande dienen zu können."

*

Im Staate New York wurde der demokratische Kandidat Lehman zum Präsidenten des Staats gewählt. — Auch bei den Bürgermeisterwahlen in der Stadt New York siegte der demokratische Kandidat O'Brien.

Franklin D. Roosevelt

Der aus den amerikanischen Präsidentschaftswahlen als Sieger hervorgegangene **Franklin Delano Roosevelt** ist am 30. Januar 1882 in Hyde-Park im Staate New York geboren. Er ist ein **Neffe** des ehemaligen Präsidenten Theodore Roosevelt. Nachdem er auf der Havard-Universität studiert hatte, besuchte er drei Jahre lang die Columbia-Law-Schoole und wurde 1907 Rechtsanwalt in New York. Schon früh wandte er sich der Politik zu; im Jahre 1910 wurde er in den New Yorker Distriktssenat gewählt, 1913 trat er aus diesem aus, als er Assistentsekretary im Marineamt wurde. In dieser Stellung blieb er während des Krieges und gehörte zu Ende des Krieges, von Juli bis September 1918, der Inspektion der USA.-Streitkräfte in den europäischen Gewässern an. Vom Januar bis Februar 1919 leitete er die amerikanische Demobilisierung in Europa. Im Jahre 1920 wurde er von den Demokraten als Vizepräsident der Vereinigten Staaten nominiert. Seit 1928 ist er Gouverneur des Staates New York.

Vor 20 Jahren wurde Roosevelt von einer Krankheit befallen, die Lähmungen an beiden Füßen im Gefolge hatte. Seine Füße sind noch heute geschient, so daß er sich nur mit Mühe fortbewegen kann. Trotz dieser körperlichen Behinderung ist er aber auf dem Gebiete des Sports außerordentlich aktiv. Er ist noch heute ein beachtlicher Schwimmer und betreibt mit Hingebung den Segelsport. Daß er den außerordentlichen Strapazen des Wahlkampfes trotz seiner ungünstigen Gesundheitsverhältnisse so glatt durchgehalten hat, kann als ein Beweis für außerordentliche Energie gelten.

Demokratische Mehrheit auch im Senat

WTB. New York, 9. Nov. (Tel.) Die Demokraten haben von den zur Wahl stehenden 34 Senatssitzen den größten Teil erhalten, so daß sie jetzt über 52 Sitze verfügen und drei Sitze mehr haben, als zur einfachen Mehrheit erforderlich sind. Die Stimmenzahl der Republikaner beträgt 32; aus elf Bezirken fehlen die Ergebnisse noch. Die Führer des rechten republikanischen Flügels, Watson, Smoot und Moses wurden nicht wiedergewählt.

Von den 435 Sitzen des Repräsentantenhauses gewannen die Demokraten nach den bisher eingelaufenen Meldungen 165 und die Republikaner nur 43. Nur 20 unentwegte Freunde der Trockenheit wurden wiedergewählt.

Amerika ausgesprochen prohibitionsgegnerisch

WTB. **New York,** 9. Nov. (Tel.) Die Zahl der Hoover treu gebliebenen Staaten wird nach den letzten Meldungen aus den frühen Morgenstunden nur noch auf sieben geschätzt. Darunter befinden sich im Osten Pennsylvanien und Connecticout.

Mit den Ergebnissen der Kongreßwahlen zusammen verstärken diese Resultate den Eindruck, daß im **zukünftigen Amerika** Präsident und Parlament **ausgesprochen „naß"** sein werden.

Feststimmung in New York

WTB. **New York,** 9. Nov. (Tel.) **Roosevelt** nahm die Glückwünsche der Pressevertreter und seiner Freunde in den frühen Vormittagsstunden im Hotel Baltimore entgegen. Als er das Hotel verließ, um nach Hause zurückzukehren, wurde ihm von einer **ungeheueren Menge begeistert zugejubelt.** Alle Sirenen in seinem Geburtsort Hyde-Park begrüßten das Wahlergebnis. New York bietet einen Anblick wie sonst an dem großen Nationalfeiertage.

Roosevelt hat seinen Mitarbeitern für das Zustandekommen des „großen liberalen Wahlsieges" seinen **Dank** ausgesprochen. In einer Erklärung an die Presse sagt Roosevelt, er hoffe, daß alle ihr Möglichstes tun werden, um unser Land wieder zu wirtschaftlicher Blüte zu bringen.

*

In der Stadt **New York** hat Roosevelt 1 437 231, Hoover 575 031, Normann Thomas (Sozialist) 120 486 Stimmen auf sich vereinigt.

Gegen den Weiterbau des Rheinseitenkanals

Eine französische Stimme für Einigung mit Deutschland und der Schweiz

Wie gemeldet, scheint man auf französischer Seite **endgültig auf den Weiterbau des Rheinseitenkanals zugunsten eines großen Rhoneprojekts verzichten** zu wollen. Anläßlich der am 9. Oktober stattgefundenen Einweihung des Kraftwerks Kembs schrieb die Pariser „Volonté":

Die Anlage von Kembs umfaßt in der Technik alle Fortschritte der modernen Wissenschaft, das Meisterwerk der Ingenieure kann nicht genug gelobt werden. Aber im **organischen Ganzen der schwierigen und komplizierten Fragen des Rheins,** in seinen Beziehungen zur internationalen Politik ist es nicht mehr und nicht weniger als ein **Widerspruch.** Der Mann, der am besten die von ihm früher, vor einer unaufmerksamen Kammer bekämpften Irrtümer kennt, ist heute im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Mitarbeiter Daladiers. Herr **Margaine** ist also dazu berechtigt, jetzt, da er in der Regierung sitzt, mit einer Mischung von Stolz und Trauer die **Bestätigung seiner Voraussagen** nachzuprüfen und festzustellen, wie richtig er prophezeite. Als er im voraus alle Risiken eines **schlecht geplanten und schlecht studierten Unternehmens** anprangerte, versuchte er, die Tollheit von Kembs zu verhindern. Die Vorahnung wurde bei ihm zur Verzweiflung, als er sich von den fanatischen Anhängern des Rheinseitenkanals überrannt fühlte. Einmal in ihr Abenteuer hineingerissen, verachteten diese Anhänger alle Warnungen. So haben sie nicht einmal die Entschuldigung, von ihrem Bankrott überrascht worden zu sein.

Unter den Gefahren, die sich alle einstellten, nenne ich nur eine, die für die Leichtfertigkeit der Verantwortlichen bezeichnend ist. Margaine sagte ihnen im voraus, daß man auf dem **durchlässigen und schwammigen Boden der elsässischen Rhone** bei der Errichtung großer Bauten mit außerordentlichen **Kosten** rechnen müßte. Nun, die Kosten übersteigen in geradezu skandalöser Weise die Voranschläge, mit denen sich das Parlament ohne weiteres, auf das Wort der listigen Fürsprecher hin, abgefunden hat. Die **Fundamente des Kanals mußten so tief gelegt werden, daß 650 Millionen, anstatt der vorgesehenen 300, in das Loch gesteckt wurden.** Was würde dieser phantastische Rheinseitenkanal mit seinen **sieben** Stauwerken, Staudämmen und Kraftwerken in einem derartig wenig festen Boden kosten? Und welche Katastrophe, welche Überschwemmungen gäbe es, wenn der betonierte Panzer irgenwo nachgäbe! In diesen Zeiten — der mageren Kühe — ist das Wahnprojekt auf der Stelle zusammengebrochen. Dreizehn Jahre der Illusionen lösen sich in Unfruchtbarkeit auf.

Aber das ist das schlimmste der Übel nicht! Die ärgsten Geldverluste werden verschmerzt, und die am Defizit Schuldigen rechnen mit der Vergeßlichkeit der Steuerzahler, die nun einmal gutmütig sind. Etwas Schwierigeres muß wieder gut gemacht werden: nämlich das Aufgeben eines einzigen Gedankens, der unseren wirklichen Bedürfnissen entsprach:

Den **Ausgleich der Interessen der Augrenzerstaaten am Rhein, von dem Friede und Sicherheit abhängen.** Der Rhein ist nach dem Vertrag von Versailles, der sich in dieser Beziehung auf neue Gedankengänge stützte, **international** geworden: er ist europäisch. Alles muß dort infolgedessen durch **aufrichtige Abmachungen** zwischen Frankreich, der Schweiz und Deutschland geregelt werden. Eine Lösung drängt sich auf: die unmittelbare Benutzung, d. h. die Verbindung von zwei Aufgaben des Flusses, der ein Verkehrsweg sein und elektrische Kraft hervorbringen soll. Margaine sagte es vor fünf Jahren ganz klar: „Dies ist die richtige, traditionelle und logische Lösung." Wir aber liefen lieber Irrlichtern nach, wir hingen an der Vorstellung eines Kanals, der den Rhein ablenkt aus einem Bette, in dem die Natur, die ihre Gründe hat, ihn seit tausenden von Jahrhunderten fließen läßt. Die kläglichen Ergebnisse bestätigen den Anfangsfehler.

Gemeinsame Anstrengungen, die die jetzt uneinigen Nationen zusammengeführt hätten, würden uns heute schon die 700 000 Pferdekräfte, die der Rhein liefern kann, einbringen. Auch würde die dem Basler Hafen unumgängliche Schiffahrt eine unbegrenzte Zukunft vor sich sehen. Allein die Anlage des **ersten Kraftwerkes an der Isteiner Schwelle,** mitten im Strom, hätte uns **Hunderte von Millionen erspart.** Und worauf es mehr ankommt, an der 130-Kilometer-Strecke von Basel bis Straßburg wäre **Friede,** anstatt wirtschaftlicher Gegensätzlichkeiten, aus denen sich Kriege ergeben.

Das isolierte Vorgehen ist der **Schweiz** genau so schädlich wie uns. Sie ist von den Nachbarländern unserem Lande durch konservatives Gefühl und Sinn am meisten verbunden. Die gleiche Furcht bedingt aber den Zusammenschluß!

Nehmen wir an, die Abrüstung wäre vollzogen und die Militärfragen ausgeschaltet. Wieviel Fragen könnten wir gemeinsam mit der Schweiz lösen, wenn der Rhein bezwungen wäre: Vom Rhein an den Genfer See führte ein Kanal, Genf wäre Seehafen. Die Rhone wäre schiffbar gemacht, die Nordsee wäre mit dem Mittelmeer verbunden durch die ausgebauten Wasserwege Mitteleuropas, und die Schweiz wäre Drehscheibe, unumgänglicher Durchgangsweg und Hauptvermittlerin. Warum halten wir diesen gemeinsamen Wohlstand auf, der uns zukommt, wenn wir ihn zu fassen wissen?

Und warum wäre **Deutschland,** trotz der Streitigkeiten, die uns beunruhigen, die aber wieder verschwinden werden, — **warum wäre es nicht unser Partner am Rhein, dessen linkes Ufer ihm gehört?** Warum sich fortwährend gegenseitig den Rücken zukehren und uns mißtrauisch voneinander fernhalten, wobei Deutschland mit Schadenfreude unsere üblen Erfahrungen und unsere Schwierigkeiten betrachtet, deren einstiger

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zeuge, mit unserer Reue und unseren Gewissensbissen Kembs bleiben wird? Nichts Einseitiges kann in diesem Lande der alten Kämpfe gelingen, es ist dort an der Zeit, zu beweisen, daß wir aus der Vergangenheit gelernt haben!

Frankreich, das durch die Vorspiegelung eines künstlichen Rheins getäuscht wurde, soll sofort zum ewigen Rhein zurückkehren. Es erfasse die Kräfte, die sein rechtmäßiges Eigentum sind und die ihm niemand bestreiten wird, wenn die Interessen der Schweiz und Deutschlands damit verbunden sind. Auf diesen Grundsätzen, die den Verträgen und den allseitigen Wünschen entsprechen, kann eine dauerhafte Ordnung aufgebaut werden. Diesen wahren Frieden kann der Rhein befestigen, wenn wir seinem Ruf folgen. Wenn dieser Gedanke an Stelle der bisherigen und veralteten Schikanen tritt, verschwinden die häßlichen Manöver, die Verwirrung, die Mißverständnisse und Zweideutigkeiten. Ja, wenn Herr Lebrun seinen Aufenthalt in Kembs zu einer hohen und weitherzigen politischen Geste benutzte, wenn er ein klares und geschicktes Wort ausspräche, — welchen Widerhall, welche Entspannung, welcher Erfolg würde eintreten! Margaine rief 1927: „Den Rheinseitenkanal werden wir niemals zuwege bringen!" Dieser Satz ist berechtigt, er fordert einen Entschluß, mit dem die verlorene Zeit wieder gewonnen wird: **Der Rhein selbst muß unmittelbar ausgenutzt werden.**

Die Baukostenüberschreitung in Kembs

Wie jetzt bekannt wird, belaufen sich die **Gestehungskosten des Wehrbaues,** der zum Teil auf Reparationskosten gebaut wurde, auf 190 Mill. franz. Fr. Die ursprünglich festgesetzte Summe von 67 Mill. franz. Fr. **wurde also um mehr als 120 Mill. Fr. überschritten.** Dies ist zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die Wehrpfeiler viel tiefer fundiert werden mußten, als vorauszusehen war. Da man sich in einer Tiefe von 20 Metern immer noch in einer blauen Lettenschicht befand, wurde die Gründung nochmals um über 20 Meter tiefer getrieben, so daß die Wehrpfeiler jetzt in einer Tiefe von 45 Metern sitzen.

Kleine Chronik

Der **Berliner** Polizeipräsident teilt mit: In der **Wuhlheide,** längs der Bahn Karlshorst—Köpenick, wurde am Dienstagnachmittag ein **Anschlag auf die den Reichs-Elektrowerken** gehörige **Fernleitung** entdeckt. Durch eine Sprengstoffladung wollte man den Mast dieser Leitung umlegen, um dadurch den Verkehr auf der Bahn und die Lichtversorgung unmöglich zu machen. Als Täter können nur fachkundige Leute in Frage kommen.

In den frühen Morgenstunden nahmen heute, Mittwoch, Polizeibeamte in der Umgebung des Gerichtsgefängnisses in **Kiel** einen verdächtigen Mann fest. Sie fanden einen **Sprengkörper,** der fertig zur Zündung war. Seine Explosion hätte wegen der besonderer Gefährlichkeit des verwendeten Sprengstoffes großes Unglück verursacht.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete und SA.-Oberführer **Veller** in **Wuppertal,** aus dessen Auto in der Nacht vom Sonntag zum Montag auf Passanten geschossen wurde, wodurch ein Mädchen schwere Verwundungen erlitt, ist **flüchtig.**

Wegen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in **Greifswald** am 17. Juli erhielten die Arbeiter Peters und Behrens je **zehn Jahre,** Simsch **acht,** Drepe **sechs** und Tellert **fünf Jahre Zuchthaus.**

Vor dem Schwurgericht in **Bremen** begann die Verhandlung gegen die **Kommunisten,** die am 10. Juli im Vorort Grambke das **Bombenattentat** gegen Nationalsozialisten ausführten.

An der Kaserne des 7. Pionierbataillons in **München** wurde ein Gefreiter vom **Posten** für **einen Einbrecher gehalten** und nach mehrmaligem unerwidertem Anruf **erschossen.**

Zwei bewaffnete **Räuber** drangen in ein Lebensmittelgeschäft in **Gelsenkirchen,** raubten die Tageskasse aus und **erschossen** auf der Flucht den Hausbesitzer. Die Täter entkamen.

Die Zollfahndungsstelle Berlin ist einer neuen **großen Devisenaffäre** auf die Spur gekommen. Verhaftet wurde der Bürodirektor im preußischen Wohlfahrtsministerium, Geheimer Regierungsrat Tillich, der Bergwerksdirektor Gustav Cordes aus Hannover, der Kaufmann Adolf Borchardt und der Makler Heinrich Holländer. Sie sind beschuldigt, umfangreiche Verschiebungen deutscher Wertpapiere aus ausländischem Besitz getätigt bzw. unterstützt zu haben. Der Umfang der Schiebungen soll sich auf rund 200 000 RM. belaufen.

Der Weltflieger, Wolfgang von **Gronau,** der in **Genua** auf seinen Abflug nach Deutschland wartet, wird erst voraussichtlich im Laufe des Donnerstag in Friedrichshafen eintreffen.

Zur Kontingentsfrage

Gleitzölle statt Kontingenten?

CNB. Berlin, 9. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Berliner Blättermeldungen, nach denen an die Stelle von Einfuhrkontingenten für landwirtschaftliche Veredelungserzeugnisse Maßnahmen auf zollpolitischem Gebiete — etwa die Einführung von Gleitzöllen — treten sollen, erfährt WTB.-Handelsdienst, daß im Falle der Einführung von Gleitzöllen zunächst die für die betreffenden Positionen geltenden handelsvertraglichen Bindungen beseitigt werden müßten, um die Wirksamkeit der Zölle für die landwirtschaftliche Veredelungswirtschaft zu gewährleisten. Außerdem wäre ein Schutz aber bis zu der Beseitigung der vertraglichen Bindungen für die Landwirtschaft unerläßlich.

Preußischer Landtag voraussichtlich erst Ende November

CNB. **Berlin,** 9. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, ist mit einer Einberufung des **Preußischen Landtags** für die nächsten Wochen noch nicht zu rechnen. Der Landtag hatte den Präsidenten ermächtigt, den Termin für die nächste Sitzung anzuberaumen. Der Präsident wird, wenn nicht außergewöhnliche Umstände eintreten, von dieser Ermächtigung erst Gebrauch machen, wenn die Frage der **künftigen preußischen Regierungsverhältnisse** geklärt ist, d. h., wenn er die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung setzen kann. Mit der Einberufung ist daher voraussichtlich **erst Ende November** zu rechnen.

Erfolgreiche Protestaktion australischer Matrosen

WTB. **London,** 9. Nov. (Tel.) Nach einer Reutermeldung aus **Melbourne** haben **200 Seeleute der australischen Flotte** gestern abend ihre **Kriegsschiffe verlassen** und an Land eine Protestversammlung gegen die aus Sparsamkeitsrücksichten angeordnete **Lohnherabsetzung** abgehalten. Sie sind dann wieder an Bord zurückgekehrt.

Wie „Times" aus **Canberra** meldet, hat bereits der australische Verteidigungsminister den Mannschaften entsprechend den Ratschlägen des Marineamts gewisse **Zugeständnisse** in der Lohnfrage gemacht.

Der neue Reichstag

Die rechnerischen Möglichkeiten

Der neue Reichstag zählt 583 Abgeordnete (gegen 608 des Juli-Reichstags), also 25 Abgeordnete weniger. Zur **Mehrheitsbildung** werden **292 Stimmen** erforderlich sein. Die Zweidrittelmehrheit, die zu Verfassungsänderungen erforderlich ist, beträgt im vollzähligen Reichstag künftig **388 Stimmen.** Von rechts her werden demnach die Nationalsozialisten, da sie für sich allein auch jetzt genau ein Drittel (194) des Hauses besitzen, jede ihnen nicht genehme Verfassungsänderung hindern können. Von links her würde das den Sozialdemokraten und Kommunisten mit ihren 221 Sitzen ein Leichtes sein.

Die **Negationsmehrheit,** Nationalsozialisten-Kommunisten (296), ist zwar von 14 auf 4 Stimmen überschuß zurückgegangen, aber doch geblieben. NSDAP., SPD. und KPD. haben nun zusammen 417 Stimmen (gegen 452 Stimmen im letzten Reichstag).

Denkt man sich einen Block der Rechten (Hitler, Hugenberg und Dingeldey), so wäre dieser um 19 Mandate kleiner geworden, nämlich 258 statt 277. Die sogenannte „schwarzbraune Mehrheit" ist nicht mehr vorhanden. Sie hat mit 284 Stimmen (Hitler, Kaas, Leicht) ein Manko von 8, statt des bisherigen Überschusses von 22 Stimmen. Zur Bildung einer Arbeitsmehrheit bedürfte sie, praktisch, des Hinzutritts der Deutschnationalen.

Der Parteiausschuß der SPD. tritt am Donnerstag in Berlin zusammen, um die politische Lage zu beraten.

Der „Völkische Beobachter" verboten. Der „Völkische Beobachter" in **München** ist am Dienstag wegen eines Artikels mit der Überschrift: „Herr v. Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede" bis zum 14. November verboten worden.

Rücktritt des Präsidenten der Ostpreußischen Landwirtschaftskammer. Wegen Differenzen mit seiner Kammerfraktion ist der nationalsozialistische Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußen, **von Buttlar,** zurückgetreten.

Auflösung der SA. und SS. im Saargebiet. Die Regierungskommission des Saargebietes hat beschlossen, sämtliche militärähnlichen Organisationen der NSDAP., insbesondere die SA. und die SS., mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Aus dem Bullerjahn-Prozeß

Im Bullerjahn-Prozeß vor dem Reichsgericht fand am Montag in **Berlin** ein Lokaltermin statt, der der Nachprüfung der Aussagen des Ehepaares **Langner** galt, durch die Bullerjahn im ersten Prozeß belastet worden ist. Die Eheleute Langner, die zum Bekanntenkreis Bullerjahns gehören, wohnen am **Horstweg,** also in der Straße, in der auch der französische Leutnant **Jost** wohnte, dem Bullerjahn angeblich das Waffenlager verraten haben soll. Im ersten Prozeß hatten die Eheleute Langner bekundet, sie hätten am 25. Dezember 1925, also einem Tage nach der Waffenbeschlagnahme in Karlshorst, **Bullerjahn** vor dem Oberpräsidium auf dem Sophie-Charlotten-Platz **gesehen** und dabei den Eindruck gehabt, daß er aus dem Horstweg gekommen sei. Die Anklage schloß daraus, daß Bullerjahn die Belohnung für den Verrat einkassiert habe. Das Gericht versuchte, an Ort und Stelle den Vorgang zu rekonstruieren.

Bullerjahn erklärte, daß er nach dem Hause Nr. 38 gesucht habe, wo die Familie Langner wohnte, die er aufsuchen wollte. Der Ehemann **Langner,** der zusammen mit Bullerjahn im Militärwaisenhaus erzogen wurde, sagt, daß gegenseitige Besuche nicht gemacht worden seien. Nach der Begegnung auf dem Horstwege habe ihm Bullerjahn auf seine Frage, was er hier zu tun habe, geantwortet, er wolle auf dem Horstweg einen Bekannten besuchen, habe ihn aber nicht angetroffen.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wurde nochmals der Ermittlungsbeamte der Berlin-Karlsruher Industriewerke, **Spallek,** vernommen. Spallek gab eine Schilderung der Durchsuchung der Werke durch die interalliierten Offiziere. Er erzählte, daß Leutnant Jost bei seiner Ankunft im Betrieb ein Stück Papier in den Händen gehalten habe und sofort die Öffnung bestimmter Fächer in einem bestimmten Lager verlangte. Daraus habe man schließen wollen, daß das Lager verraten worden sei. Der Verdacht mußte sich gegen einen Kenner des Betriebes wenden, da kein Fremder so genau mit der Aufbewahrung vertraut gewesen wäre. Man sei auf **Bullerjahn** gekommen, weil er sich vorher nach dem Aufbewahrungsort verbotenen Materials erkundigt habe und zudem gelegentlich einer Rüge erklärt habe, er würde das dem Werk schon „anstreichen".

Der nächste Zeuge, Kapitän **Pagenstecher,** der frühere Leiter des Werksicherheitsdienstes in den Berlin-Karlsruher Industriewerken sagte, es sei unmöglich, daß Bullerjahn an Verrat dachte, als er die Drohungen ausstieß.

Der zweite Berliner Verhandlungstag, der Dienstag, brachte den Lokaltermin in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau. Der Lokaltermin fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

*

WTB. **Berlin,** 9. Nov. (Tel.) Auch zu Beginn des voraussichtlich letzten **Berliner Verhandlungstages** blieb die Öffentlichkeit zunächst wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen, da immer noch die Frage erörtert wird, ob Bullerjahn tatsächlich Kenntnis von wichtigeren, geheimzuhaltenden Lagern besaß, die nicht verraten worden waren.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit erklärt u. a. der Werksicherheitsbeamte **Schmidt** als Zeuge, Bullerjahn sei an den im Werke vorgekommenen Schrottschiebungen nicht beteiligt gewesen, habe aber von der Direktion einen **Rüffel** wegen dieser Vorkommnisse bekommen.

Der Angeklagte **Bullerjahn** betont, daß dieser Rüffel mit der Anlaß zu seinen Drohungen gegen das Werk gewesen sei, die jetzt so belastend für ihn seien. Als der **Vorsitzende** den Angeklagten darauf hinweist, daß er in seinen ersten Vernehmungen diese Gründe für die Drohungen nicht im Protokoll angegeben habe, ruft **Bullerjahn** erregt: „Ich kannte die Bedeutung eines Protokolles nicht. Wenn man das Strafgesetz nicht kennt und in die Maschinerie der Justiz gerät, dann ist man verraten und verkauft!" — **Vorsitzender:** „Sie sind aber bei ihren Vernehmungen nicht bei der Wahrheit geblieben!" — „Weil ich zur Unwahrheit gezwungen wurde. Der Ertrinkende greift doch nach einem Strohhalm."

Im Altonaer Sprengstoffprozeß machte am Montag der Elmshorner SS.-Führer **Grezesch** die sensationelle Aussage, daß er den Befehl zur Ausführung von Handgranatenanschlägen erhalten habe. Von wem der Befehl stammte, sagte er zunächst nicht. Er habe dann etwa 30 SS.-Leute zusammenrufen lassen, die mit dem Befehl bekanntgemacht, sich die zuverlässigsten ausgesucht, ihnen Handgranaten übergeben und die betreffenden Häuser genau gekennzeichnet. Den für die Ausführung bestimmten SS.-Leuten wurde Schweigeverbot auferlegt. Schließlich sagte er, daß er den Befehl zur Ausführung der Handgranatenanschläge von dem Reichstagsabgeordneten **Muder** (NS.) erhalten habe.

Im **Allensteiner Bombenwerferprozeß** wurden vier Angeklagte zu je **5 Jahren Zuchthaus,** drei Angeklagte zu **12 und 15 Monaten Zuchthaus,** zwei Angeklagte zu 9 und 12 Monaten Gefängnis verurteilt.

Fort damit!

Kunst in Karlsruhe

Im Badischen Kunstverein in Karlsruhe ist zur Zeit eine merkwürdige Ausstellung zu sehen. Der ganze Jammer unserer Zeit faßt uns an, wenn wir diese Schöpfungen betrachten. Und nur eines vermag uns zu trösten, daß die Entwicklung der Zeit selbst schon über diese Art, künstlerisch zu sehen und künstlerisch zu schaffen, hinweggegangen ist, und daß sich heute auch auf dem Gebiete der Kunst jener Drang nach **innerer Erneuerung** geltend macht, den wir allenthalben im Kulturleben unseres Volkes beobachten.

Nur diejenigen, die diese Arbeiten ausgestellt haben, wissen offenbar nichts von diesem Drange. Namen möchte ich **nicht** nennen. Es ist mir um die Sache zu tun, und nicht um die Person. Damit sich aber keiner getroffen fühlt, den meine Kritik nichts angeht, möchte ich ausdrücklich bemerken, daß die Maler Otto Graf-Karlsruhe, Otto Hans Beier-München, Hans Dieter-Freiburg und Sulamith Wülfing-Elberfeld nicht gemeint sind, daß sie mit Arbeiten vertreten sind, die wenigstens in **gegenständlicher** Beziehung weiter keinen Vorwurf verdienen. Ja, Sulamith **Wülfing** zeigt uns sogar eine sehr feinsinnige und liebliche, am deutschen Märchen geschulte Kunst illustrativer Manier, eine Kunst, die schon deshalb Interesse verdient, weil sie von einem hohen zeichnerischen Können zeugt.

Und auch den Karlsruher Bildhauer **Otto Feist** möchte ich von vornherein ausgenommen wissen. Gewiß hat Feist zuviel und zu Ungleichwertiges ausgestellt. Aber im ganzen verdient das redliche und zweifellos künstlerisch zu bewertende Schaffen dieses Mannes unsere Anerkennung und Anteilnahme. Es finden sich unter seinen Plastiken so manche Stücke, die ihrer künstlerischen Auffassung und ihrer technischen Behandlung nach unübertrefflich sind. Und es verrät sich am ganzen Werk dieses Meisters immer wieder das unausgesetzte, noch im Alter ungebrochene Streben nach neuer Formung.

Aber nun die anderen! Wenn **das** die Leistungen sind, mit denen diese Künstler, die sämtlich an der hiesigen Kunsthochschule wirken, vor der Öffentlichkeit aufzuwarten haben, dann müßte man an der Zukunft der deutschen Kunst wahrlich verzweifeln. Es ist mir völlig unverständlich, wie Männer, die selber Kunst lehren, Schöpfungen vor dem Publikum ausstellen können, die — von Ausnahmen abgesehen — **so hastig und so oberflächlich** gearbeitet sind. Man kann nicht von einem jeden Künstler verlangen, daß er ein großes Talent ist. Denn in der Riesenhalle der Kunst ist Raum für alle, Berufene **und** Unberufene. Aber, was wir schon unseren Schülern zuliebe verlangen müssen, das ist eine **sorgsame und saubere, handwerkliche Arbeit.** Und wenn **es** an der fehlt, oder, wenn sie sich nur ganz stellenweise hervorwagt, dann muß dagegen Protest erhoben werden.

Ich bin mir dessen durchaus bewußt, daß ich mir mit einer solchen Kritik bei den von ihr Betroffenen keine Zuneigung erwerben werde. Aber solche Bedenken werden mich in meiner freien Meinungsäußerung nicht behindern. Denn es ist wahrlich an der Zeit, daß der Kritiker mutig das ausspricht, was schon längst hätte ausgesprochen werden sollen. Und alle sonst zum Urteil Berufenen werden es ihm danken.

Das Tollste an dem unwürdigen Spektakel aber ist der **Geist** und die **Gesinnung,** die aus diesen Schöpfungen sprechen. Man möchte fast meinen, ein Teil der betreffenden Künstler sei von der Monomanie beseelt, überall dort im Leben, wo sich etwas recht Schmutziges und Verwachsenes zeigt, hinzugreifen und dieses Häßliche in die scharfe Beleuchtung dessen zu zerren, was sie Kunst nennen. Es ist durchaus möglich, daß es irgendwo in diesem Lande einen Klub von Megären und Dirnen gibt. Warum aber die Mitglieder dieses Klubs in ihrer ganzen aufreizenden Widerwärtigkeit und Unanständigkeit gemalt und auch noch ausgestellt werden, das ist eine Frage, die wir nicht zu beantworten vermögen.

Man komme uns bloß nicht mit dem Geschrei vom Muckertum! Um Muckerei handelt es sich hier gar nicht! Es handelt sich hier lediglich um die Beobachtung, daß ganz **systematisch** von einem noch immer sehr erheblichen Bruchteil unserer Künstler **das Widerliche, Kranke und Lasterhafte dem Volk vor Augen geführt wird,** in einer Zeit, deren Menschen sich nach Reinheit und Erhebung sehnen. Und es handelt sich weiter um die Beobachtung, daß auch das **rein künstlerische Können,** das hinter diesen Offenbarungen steckt, **nicht ausreicht,** um bei einer Verurteilung des Gegenständlichen wenigstens ein respektvolles, künstlerisches Urteil zu sichern.

Natürlich blitzt hie und da auch ein Stück Begabung auf. Aber wir bedanken uns für eine Begabung, die so offensichtlich in den Dienst des Widerwärtigen und Pathologischen gestellt wird, und die so offensichtlich dem Fühlen unseres Volkes in seiner gottlob noch immer gesund gebliebenen Mehrheit ins Gesicht schlägt.

E. Amend.

Immatrikulation an der Heidelberger Universität. Am Samstag fand die erste Immatrikulation der Heidelberger Universität in diesem Wintersemester statt. Der Rektor, Professor Andreas, sprach über Jugend und Universität. Die Frequenz dürfte der des Wintersemesters 1931/32 entsprechen. Bisher wurden 539 Studierende neu immatrikuliert, die sich wie folgt verteilen: theologische Fakultät 59, juristische 92, medizinische 251, philosophische 106 und naturwissenschaftliche Fakultät 31.

Der Deutsche Städtetag an das Reich

Ein Schreiben Dr. Mulerts an den Reichskanzler

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. **Mulert**, hat an den Reichskanzler neuerdings ein Schreiben gerichtet, in dem er auf den bevorstehenden Zusammenbruch zahlreicher Gemeinden hinweist und die **Forderungen der Städte** in **sieben Punkten** zusammenfaßt, in denen es u. a. heißt:

1. Es ist notwendig, die **Arbeitslosenhilfe** vom Gemeindehaushalt finanziell **loszulösen** und einheitlich zusammenzufassen.
2. Es ist dringend erforderlich, aus den Ersparnissen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die ungedeckten Mehrausgaben in der **Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge** zu finanzieren und die Reichshilfe um den Betrag von rund 200 Millionen Reichsmark sofort zu erhöhen.
3. Die Gemeinden müssen in die **Kampffront gegen die Arbeitslosigkeit** eingegliedert werden.
4. Eine entscheidende Initiative des Reiches ist in der Frage der langfristigen **Zinsbelastung** geboten mit dem Ziele, gangbare Wege zu einer Verminderung der Zinsverpflichtungen im gleichen Interesse von Schuldner und Gläubiger, sowie der gesamten Volkswirtschaft zu finden.
5. Die Frage der **kommunalen Umschuldung** muß abschließend beschleunigt gelöst werden.
6. Die Gemeinden erwarten, daß die Reichsregierung zu der geforderten **Besteuerung öffentlicher Betriebe** nicht die Hand bietet.
7. Die Gemeinden müssen in eine **nähere staatsrechtliche Beziehung zum Reich** treten, die ihre Zusammenarbeit und ihre Betreuung nach einheitlichen Gesichtspunkten nach sich zieht und damit die Wiederkehr solcher unmöglichen Situationen, wie sie in der Gegenwart eingetreten sind, ein für allemal verhindert.

Der Bayerische Städtetag protestiert

Gegen die **letzten Forderungen** Dr. Mulerts, daß die Gemeinden in eine nähere **staatsrechtliche Beziehung zum Reich** treten müßten, die ihre Betreuung nach einheitlichen Gesichtspunkten nach sich ziehe, erhebt der **Bayerische Städtebund Protest**. Die „Bayerische Staatszeitung" nennt es unerhört, daß Dr. Mulert der Reichsregierung anbiete, die Notlage der Städte zu **zentralistischen und unitaristischen Maßnahmen** zu mißbrauchen. Von den bayerischen Städten ist gegen die Forderung Mulerts sofort schärfster Widerspruch laut geworden, der auch dem Kanzler gegenüber unmittelbar zum Ausdruck gebracht werden soll.

Bayerns Rundfunk-Reservat. In Bayern wird erklärt, daß die Verhältnisse des bayerischen Rundfunks durch Verträge geregelt seien, die nur im Wege des Vertrages und nur mit Zustimmung der bayerischen Staatsregierung geändert werden könnten. **Eine Beteiligung Bayerns an der Reichsrundfunk-Gesellschaft komme nicht in Frage.**

Badischer Teil

Das badische Konkordat

Wie der „Bad. Beob." meldet, hat das badische Staatsministerium beschlossen, den badischen Kultusminister zu beauftragen, das **Konkordat** mit dem Heiligen Stuhl im Auftrag des Kabinetts **dem Landtag baldigst vorzulegen.** Kultusminister Dr. **Baumgartner** wird den Inhalt des Konkordats in den allernächsten Tagen in einer Konferenz der Karlsruher Presse der Öffentlichkeit unterbreiten.

Wenn eine gleichzeitige Vorlage des Staatsvertrages mit der **evangelischen Kirche** nicht erfolgen kann, so rührt das davon her, daß die seit einiger Zeit schwebenden Verhandlungen noch nicht ganz zum Abschluß gekommen sind. Es ist jedoch zu erwarten, daß eine **baldige Einigung zwischen Staat und evangelischer Kirche** erzielt wird, der dann unmittelbar die Überweisung des Vertrages an den Landtag folgen würde.

Starke Beschleunigung des Schnellzugsverkehrs zwischen Norddeutschland und Baden

Der **Sommerfahrplan 1933** wird, wie der Badische Verkehrsverband mitteilt, einige **bedeutsame Verbesserungen** bringen, die angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise als doppelt erfreulich bezeichnet werden können.

Die Tagesverbindungen 1. bis 3. Klasse von **Hamburg** und **Berlin nach Baden** werden um über 1 Stunde gekürzt, in umgekehrter Richtung je um etwa 2½ Stunden. Die Fahrzeiten sind folgende: **Berlin** (D 46, 1. bis 3. Klasse) ab 7.45, (FD 6, 1. und 2. Klasse), ab 8.58, Frankfurt an 15.39 bzw. 16.07. **Hamburg** (D 86, 1. bis 3. Klasse) ab 7.04, Frankfurt an 15.31, **Frankfurt ab 16.07** (FD 6 mit D 86 vereinigt), Karlsruhe an 18,09, **Basel** an 20.52. Die beschleunigten Tagesverbindungen ermöglichen erstmals Tagesfahrten außer 2. auch 3. Klasse von Berlin, Hamburg und Zwischenstationen nach dem gesamten Gebiet des Schwarzwaldes. Bisher trafen die Tageszüge 3. Klasse von Berlin und Hamburg in Karlsruhe 20.15, Offenburg 21.32, Freiburg 22.30 Uhr ein, ohne dort geeignete Anschlüsse nach dem Schwarzwald zu finden. Künftig wird in Karlsruhe 18.20 Uhr der letzte durchgehende Zug über die Murgtalbahn nach Freudenstadt, in Offenburg 19.22 Uhr der letzte Schnellzug über die Schwarzwaldbahn nach Konstanz und in Freiburg noch die letzten Züge nach dem südlichen Schwarzwald erreicht. In Basel ergeben sich neue Anschlüsse nach und von der Schweiz. Alle Städte der Rheintallinie und der Anschlußstrecke nehmen an dem bedeutenden Zeitgewinne teil. In umgekehrter Richtung verläßt man 1. bis 3. Klasse Basel 9.43 (FD 5 mit D 85 vereinigt), Karlsruhe 12.15 und erreicht Frankfurt 14.21, Berlin mit 1. und 2. Klasse 21.39, mit 1. bis 3. Klasse 22.38, Hamburg 1. bis 3. Klasse 23.21 Uhr.

Als Ersatz für die zwischen Frankfurt—Basel in bisheriger Lage wegfallenden Züge D 85/D 86 (künftig mit FD 5/FD 6 vereinigt), verkehren folgende neuen Züge: Basel ab 7.12 (D 43), Karlsruhe ab 9.57, Frankfurt an 12.07, Berlin an 20.21 (bisher an 22.24); Berlin ab (D 42) 10.02, Frankfurt an 18.00, Karlsruhe an 20.45, Basel an 23.31 (bisher 23.28). Auch diese neue durchgehende Verbindung Berlin—Basel und umgekehrt bedeutet gegenüber den bisherigen Zügen D 85/D 86 eine Verkürzung der Fahrzeiten um 1.09 Stunde, bzw. um 2.10 Stunden.

Der obengenannte Zug Basel ab 7.12 wird zugleich zu einer neuen durchgehenden Verbindung Basel—Rheinland—Holland ausgebaut mit durchlaufenden Wagen Ventimiglia—Amsterdam (bisher in D 163), Basel ab 7.12, Mannheim 10.45, Köln an 15.28, Amsterdam an 22.22 Uhr. Die Durchgangsreisenden aus Italien kommen gegenüber bisher mit D 163 in Amsterdam 2 Stunden, 24 Minuten früher an.

Sehr wertvolle Verbesserungen treten auch im **Ost—West-Verkehr Paris—Süddeutschland** ein. Die erheblichen Beschleunigungen des „Rheingold", des Riviera-Expreß und des Holländer Zuges D 163/D 164 wurden bereits bekanntgegeben. Weitere vorteilhafte Auswirkungen dieser bedeutenden Fahrplanumgestaltung, die zeitlich mit der Vollendung der Verstärkung des Unterbaues der Rheintalhauptlinie zusammenfällt, dürfen wohl noch erwartet werden.

Verband Südwestdeutscher Industrieller gegen Kontingentierung der Agrareinfuhr

In der am 7. November d. J. in Mannheim unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Alexander **Gütermann**-Gutach i. Br. stattgefundenen Sitzung des Präsidiums des **Verbandes Südwestdeutscher Industrieller** wurde nach einem Referate des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Verbandes, Dr. **Mieck**-Mannheim, eingehend Stellung genommen zu den von der Reichsregierung geplanten weiteren **Einfuhr-Kontingentierungsmaßnahmen** auf **landwirtschaftlichem Gebiete** und beschlossen, dem Reichskanzler v. Papen sofort die dringende Bitte des Verbandes zu unterbreiten, daß seitens der Reichsregierung von der Weiterverfolgung der geplanten weiteren Kontingentierungsmaßnahmen Abstand genommen werde.

In der an den Reichskanzler gerichteten Kundgebung des Verbandes heißt es u. a.:

„Der Schaden, der schon jetzt durch die bloße Ankündigung von beabsichtigten Einfuhr-Kontingentierungsmaßnahmen in Auswirkung auf unseren industriellen Export entstanden ist, ist derartig, daß der Verband Südwestdeutscher Industrieller im Interesse der von ihm vertretenen **badischen und südwestdeutschen Industrie** nicht nur vor einer Weiterverfolgung der beabsichtigten Einfuhr-Kontingentierungsmaßnahmen warnen, sondern die dringende Bitte an die Reichsregierung richten muß, über die industriellen und **wirtschaftlichen Interessen Badens** und Südwestdeutschlands als doch auch eines nicht **unbedeutenden Gliedes** der deutschen Wirtschaft nicht hinwegzugehen, sondern unter Berücksichtigung des deutschen wirtschaftlichen Gesamtinteresses von der Einführung weiterer Kontingente Abstand zu nehmen."

Einen weiteren Gegenstand der Verhandlungen bildete die Vergebung von Lieferungen seitens der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und Verwaltungsstellen.

Baden und das Ergebnis der Reichstagswahl

Zusammensetzung des Badischen Landtags nach der Reichstagswahl

Nach dem Ergebnis der Reichstagswahl am letzten Sonntag wurde schon dargestellt, daß der Badische Landtag nach dieser Stimmabgabe ein wesentlich anderes Aussehen als das derzeitige badische Parlament hätte. Die Nationalsozialisten wären mit 40 Mandaten die stärkste Fraktion, es folgten das Zentrum mit 33, die Kommunisten mit 17, die Sozialdemokraten mit 15, die Deutschnationalen mit 4 und Demokraten, Volkspartei und Evang. Volksdienst mit je 2 Mandaten. Die Wirtschaftspartei mit etwa 3100 Stimmen erhielte kein Mandat mehr. Die derzeitige Koalition mit 33 + 15 + 2 = 50 Mandaten wäre gegenüber der Opposition mit 65 Mandaten in die Minderheit gedrängt.

Nun ist aber beabsichtigt, die Zahl der Abgeordneten künftig auf 65 fest zu begrenzen. Wäre das schon Gesetz — bisher ist lediglich die Herabminderung der Zahl der Abgeordneten auf 65 durch die Haushaltsnotverordnung vom 9. Okt. 1931 festgelegt, das Landtagswahlgesetz muß dem Landtag noch in dieser Session zur Beschlußfassung vorgelegt werden —, so ergäbe sich folgendes Bild: Nationalsozialisten 22, Zentrum 18, Kommunisten und Sozialdemokraten je 9, Deutschnationale 3, Demokraten 2 sowie Volksparteil und Evang. Volksdienst je 1 Abgeordneten. Die jetzigen Regierungsparteien hätten dann 18 + 9 + 1 = 28 Mandate gegen 37 der Opposition.

(„Neue Bad. Landesztg.")

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 53 enthält eine Verordnung des Staatsministeriums über die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Sparkassen und der Badischen Kommunalen Landesbank — Girozentrale.

Millionen Deutscher leiden Not

spendet zur Winternothilfe 1932/33!

Aus der Landeshauptstadt

Architekt Trautmann 70 Jahre alt. Am Dienstag vollendete Architekt Theodor **Trautmann** sein 70. Lebensjahr. Trautmann steht innerhalb seines Berufskreises im Ruf eines sehr tüchtigen Architekten, darüber hinaus ist er geschätzt durch seine große Wohltätigkeit.

Zweiter Südwestdeutscher Freiballon-Wettbewerb. Am kommenden Sonntag (13. November) findet in Karlsruhe der Zweite Südwestdeutsche Freiballon-Wettbewerb statt, an dem sich voraussichtlich 6 Ballone, darunter drei von Karlsruhe, beteiligen werden. Der Start erfolgt wie im letzten Jahre vom Meßplatz in Karlsruhe aus.

Gesellschaft für Manufaktologie. Am Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr, findet aus Anlaß des 70. Geburtstages ihres Ehrenpräsidenten, Gerhart Hauptmann, im Hörsaal des Chemisch-Technischen Instituts der Technischen Hochschule in Karlsruhe die dritte Tagung der Gesellschaft für Manufaktologie statt. Den Festvortrag hält Dr. phil. Carl **Hessemer** über „Gerhart Hauptmann und unsere Lehre", während Friedrich **Herig** über das Thema: „Die denkende Hand" sprechen wird.

Großer Fahrkartenschwindel aufgedeckt. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist es dort drei Karlsruher Kriminalbeamten gelungen, binnen kurzer Zeit eine schon lange gesuchte Bande von **Fahrkartenschwindlern** dingfest zu machen, deren Spuren nach **Karlsruhe**, Gießen und Berlin geführt hatten. Es handelt sich hauptsächlich um polnische Staatsangehörige, die auch noch verschiedenes anderes auf dem Kerbholz haben. Die Betrüger werden in Karlsruhe zur gerichtlichen Aburteilung kommen.

Übertretung der Verkehrsvorschriften. Wegen Parkens an verbotenen Stellen mußten wieder mehrere Kraftfahrer angezeigt werden.

Badisches Landestheater Karlsruhe. Es hat sich das Gerücht verbreitet, daß die Aufführung von Richard Wagners **„Götterdämmerung"** am Sonntag, den 13. November, wegen des gleichzeitigen Furtwängler-Konzerts verschoben würde. **Das ist nicht der Fall.** „Götterdämmerung" bleibt Sonntag, den 13. Nov., in Platzmiete **F.** Als der Generaldirektion die Nachricht von der Veranstaltung des Konzerts zuging, war eine Verschiebung, die sonst gern gemacht worden wäre, schon nicht mehr möglich, da ein anderer Tag wegen vorliegender Behinderungen nicht frei gemacht werden konnte.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe vom Mittwochmorgen: In der allgemeinen Wetterlage ist noch keine wesentliche Änderung eingetreten. Ein ausgedehntes flaches Hochdruckgebiet liegt mit seinem Schwerpunkt über den baltischen Ländern, während bei Island die Zyklonen dem Golfstrom folgen, ohne unser Gebiet zu beeinflussen. **Voraussage:** Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters,

Wasserstände: Waldshut 247 plus 16, Basel 45 minus 5, Rheinweiler 104 plus 22, Kehl 271 minus 7, Maxau 487 minus 9, Mannheim 322 minus 14, Caub fehlt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Falsche Stimmzettel in Mannheim

bld. **Mannheim**, 8. Nov. In zwei Wahlbezirken im Stadtgebiet mußte gestern das Vorhandensein **falscher bzw. alter Stimmzettel** festgestellt werden. Nach Ansicht des städt. Wahlamtes kommt **nur ein Versehen** der Zettelverteiler in Frage. Im Wahllokal des 42. Bezirks wurden insgesamt 17 veraltete Stimmzettel durch den vom Vorsitzenden der Stimmbezirkskommission ernannten Zettelverteiler verausgabt, im Stimmbezirk 68 insgesamt 6. Das Vorhandensein der alten Stimmzettel erklärt sich das Wahlamt damit, daß bei der letzten Wahl die Briefumschläge, die nach ministerieller Anordnung wieder verwendet werden müssen, in den Karton mit den Stimmscheinen gelegt wurden und so jetzt wieder zum Vorschein kamen. Der Zettelverteiler hätte aber am 6. November unbedingt die veralteten Stimmscheine bemerken und von der Ausgabe ausschließen müssen. Nach Ansicht des Wahlamtes liegt eine Absicht der Wahlbeeinflussung bei der Ausgabe der falschen Stimmzettel nicht vor.

---

bld. **Leimen**, 8. Nov. Über einen **Zwischenfall in der Wahlnacht** wird den „Heidelb. N. N." folgende Darstellung gegeben: Am Sonntagabend ¼10 Uhr wurde die am Haus des Anton **Müller**, Kaiserstr. 30, angebrachte kommunistische Fahne von drei Nationalsozialisten entfernt, ohne daß man der Täter habhaft werden konnte. Später zog die Leimener SA. und die SS. durch den Ort, in einigem Abstand gefolgt von Mitgliedern der Eisernen Front und Kommunisten. Ecke Mozart- und Kaiserstraße kam es dann zu einem **Zusammenstoß**, wobei ein Nationalsozialist einen Messerstich erhielt. Nachdem die Gendarmerie die Menge zerstreut hatte, kam es bei dem Einmarsch der SA. und SS. aus Nußloch, St. Ilgen und Sandhausen zu **erneuten Zusammenstößen.** Hierbei gab der Nationalsozialist Otto Menges aus Sandhausen **drei Schüsse** ab, wodurch die Reichsbannerleute Köhler und Sunz, beide aus Leimen, verletzt wurden. Der dritte Schuß riß einem Mädchen aus Leimen einen Mantelknopf ab. Menges wurde am Montag früh in das Heidelberger Amtsgefängnis eingeliefert.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	9 November		8. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.28	169 62	169.33	169.67
Kopenhagen 100 Kr.	72.43	72.57	72.43	72.57
Italien . . 100 L.	21.56	21.60	21.56	21,60
London . 1 Pfd.	13.91	13.95	13.91	13.95
New York . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.51	16.55	16.52	16.56
Schweiz . . 100 Fr.	81.08	81.24	81.07	81.23
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. November 1932 hat sich in der verflossenen Bankwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 117,8 Millionen auf 3502,2 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 13,3 Millionen auf 394,1 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,2 Millionen auf 939,1 Millionen Reichsmark vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 31 000 RM. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 1,2 Millionen auf 121,8 Millionen Reichsmark abgenommen. Die **Deckung der Noten** durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am 7. November 26,8 Prozent gegen 26 Prozent am Ultimo Oktober dieses Jahres.

Oeffentliche Zahlungserinnerung

Es sind fällig am:

10. XI. 1932: Die Umsatzsteuervorauszahlung für den Monat Oktober 1932.

15. XI. 1932: Eine Vermögenssteuervorauszahlungsrate, bei Landwirten in Höhe eines Halbjahresbetrages, bei den übrigen Pflichtigen in Höhe eines Vierteljahresbetrages.

An die Zahlung wird erinnert. Terminversäumung hat Nachnahme oder Betreibung zur Folge. Bargeldlose Zahlung unter Angabe der Steuernummer ist erwünscht.

Karlsruhe, den 7. November 1932. S.239

Die Finanzämter Karlsruhe-Stadt, Karlsruhe-Land, Durlach und Ettlingen.

C.650. **Karlsruhe.** Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der **Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H.**, in Karlsruhe, Amalienstr. 91, wurde nach Bestätigung des im Termin vom 27. Oktober 1932 angenommenen Vergleichs aufgehoben. Das allgemeine Veräußerungsverbot verliert damit für die Zukunft seine Kraft. Karlsruhe, den 4. November 1932. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.**

Formulare

liefert preiswert

G. Braun GmbH.

Karlsruhe

Karl-Friedrich-Straße 14

Badisches Landestheater

Donnerstag, 10. Okt. 1932

* D 8 (Donnerstagmiete)

Th.-Gem. 1001—1100 und 1501—1550

Margarete

Große Oper von Gounod

Dirigent: Krips

Regie: Pruscha

Mitwirkende:

Haberkorn, Meiling, Seiberlich, Hospach, Nentwig, Oerner, Schuster

Anfang 20 Ende 23

Preise D (0,90—5 RM)

Fr. 11. 11. Die Regimentstochter. Sa. 12. 11. Neu einstudiert: Florian Geyer. So. 13. 11. Der Ring des Nibelungen. Dritter Tag: Götterdämmerung. Im Konzerths.: Liebling adieu.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 45 — Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 263 — 9. November 1932

Frühgeschichtliche Grabungen in Herten

(Amt Lörrach)

Gegenüber der alten römischen Niederlassung Augusta rauracorum, dem heutigen Augst, liegt auf der deutschen Seite des Rheines ein **alemannisches Reihengräberfeld,** das seit fünfzig Jahren bekannt ist. Im Auftrag des Ausschusses für die Ur- und Frühgeschichte Badens wurde nach dem Einbringen der Ernte ein weiterer Abschnitt dieser Anlage, an dessen Aufdeckung seit drei Jahren gearbeitet wird, untersucht. Die Grabungen nahmen den größten Teil des Monats August in Anspruch und dauerten bis Anfang September. Sie wurden ausgeführt von Wohlfahrtserwerbslosen, die die Stadtgemeinde Rheinfelden zur Verfügung stellte. Für diese Förderung sei der Stadtverwaltung der wärmste Dank der Denkmalspflege ausgesprochen. Ohne dieses Entgegenkommen wäre es bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen staatliche Mittel für solche wissenschaftliche Aufgaben aufs äußerste eingeschränkt sind, ganz ausgeschlossen gewesen, an ein solches Unternehmen heranzugehen.

Insgesamt wurden **40 Gräber aufgedeckt,** die dem 6. und 7. Jahrhundert angehören. Im Norden des untersuchten Ackers wurden zunächst eine Anzahl sehr schön gearbeiteter Gräber freigelegt, die aus großen Sandstein- und Kalksteinplatten zusammengesetzt waren und richtige Steinkisten darstellten. Diese Gräber, die auf jeden Beschauer sichtlich einen tiefen Eindruck machten, gehören in den spätesten Abschnitt des Friedhofes und in die Zeit, da das Christentum sich schon stark durchgesetzt hatte. Das geht daraus hervor, daß man anderwärts schon Platten gefunden hat, in die ein Kreuz eingemeißelt war, oder daß die Beigaben dieses Zeichen oder ein anderes christliches Symbol trugen. Wie überall, so sind auch in Herten trotz des stattlichen Aussehens der Plattengräber die Funde, die darin gemacht werden, im allgemeinen gering. Die Sitte, den Toten ihr bewegliches Eigentum mitzugeben, war ein heidnischer Brauch, der von der Kirche stark bekämpft wurde. Daß die Beigaben nicht mit einem Male aufhören, läßt den Schluß zu, daß der neue Glauben den alten nur langsam verdrängte. Eines hat sich jedoch aus den heidnischen Jahrhunderten in die christliche Zeit erhalten, nämlich die Beisetzung der Toten in Richtung West-Ost, so daß der Kopf im Westen lag und der aufgehenden Sonne entgegenschaute. Eine weitere Besonderheit der Plattengräber besteht darin, daß sie mehrmals belegt waren. So konnten wir in einzelnen Gräbern bis zu drei, an anderen Orten selbst 4 und 5 Bestattungen feststellen. Bei jeder neuen Belegung wurden die Reste der älteren am Fußende des Steinsarges zusammengeschoben. Als die Wissenschaft der Frühgeschichte noch in ihren Anfängen stand, wurden diese verschiedenen Bestattungen so gedeutet, daß in den Plattengräbern vornehme Leute beigesetzt worden seien, und daß die Skelett-Teile zu ihren Füßen die Überreste von zusammengehauenen Sklaven seien, die ihrem Herrn in den Tod folgen mußten. Fortgesetzte, genaue Beobachtungen haben mit dieser reichlich abenteuerlichen Meinung aufgeräumt.

Gegen Süden gingen die Plattengräber ohne scharfe Trennung in Erdbestattungen über, die im allgemeinen älter sind als jene. Mehrfache Belegungen desselben Grabes wurden hier nicht festgestellt. In manchen Fällen konnte jedoch einwandfrei beobachtet werden, daß der Tote in einem Holzsarg beigesetzt worden war. Die schwarzen Holzspuren des Sargrandes hoben sich gegen den hellen Kiesboden sehr klar ab. Im Verlauf der Arbeiten ergab sich in bezug auf die Grabformen eine große Überraschung: Mitten unter den Erdbestattungen befand sich ein gemauertes Grab, das aus Bruchsteinen sehr sorgfältig aufgebaut war. Solche Gräber sind große Ausnahmen. In unserem Falle barg es die (schlecht erhaltenen) Reste einer jungen Frau, die, nach den Beigaben zu schließen, eine vornehme Person gewesen sein dürfte.

Die Gräber waren nach unseren Begriffen **nicht tief angelegt.** Es war eine große Seltenheit, wenn eine Bestattung tiefer als 1 Meter lag. Ja, es kam vor, daß Skelette schon 30 Zentimeter unter der Ackeroberfläche angetroffen wurden, und einzelne lagen sogar noch flacher, so daß sie von dem darübergehenden Pfluge schon zum Teil zerstört worden waren. Ein Blick auf den Plan der freigelegten Gräber ergibt deutliche Gruppen, die durch größere, unbelegte Zwischenräume von einander getrennt sind. Die genaue Durcharbeitung der Funde und der aufgenommenen Grabberichte läßt vielleicht Schlüsse zu, ob es sich bei diesen Gruppen um Familienangehörige gehandelt haben wird. Die Skelette, die teils mehr, teils weniger gut erhalten waren, stammten von Männern, Frauen und Kindern, die neben- und durcheinander bestattet sind. Auffallend ist freilich, daß Kindergräber verhältnismäßig selten sind. Es muß doch angenommen werden, daß die Sterblichkeit der Kinder erheblich höher war als heute. Aus der Belegung des Gräberfeldes mit allen Lebensaltern und Geschlechtern ergibt sich, daß es sich nicht um die Gefallenen einer Schlacht handelt, wie man von Zuschauern oft aussprechen hört. Vielmehr handelt es sich um einen regelrechten Friedhof einer in der Nähe gelegenen Siedelung, die vom 5. Jahrhundert, nachdem die Römer vom Rhein abgezogen waren, bis ins 7. Jahrhundert belegt worden war. Nachdem das Christentum sich vollkommen durchgesetzt hatte, wurden die Friedhöfe der zerstreuten Einzelsiedelungen aufgelassen, und die Toten wurden beim „Kirchhof" bestattet.

Der Hertener Alemannenfriedhof enthält die **Toten von drei Jahrhunderten:** Daraus und aus der Zahl der Gräber läßt sich mit einiger Zuverlässigkeit ein Schluß ziehen auf die Zahl der Bewohner der Siedelung, zu der der Friedhof gehörte. Seine Grenzen sind in den Grabungen der letzten Jahre festgestellt worden. Die ersten Aufdeckungen erfolgten zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts durch das Landesmuseum, nachdem bei Anlage einer Kiesgrube das Gräberfeld angeschnitten wurde. Es wurden damals etwa 50 Gräber geborgen. In den folgenden Jahrzehnten, als die Denkmalspflege noch nicht so ausgebaut war wie heute, dürften ebensoviele Gräber dem Abbau der Kiesgrube zum Opfer gefallen sein. Durch die planmäßigen Grabungen seit 1930 wurden weitere 119 Gräber geöffnet. In dem noch nicht untersuchten Gelände werden sich noch etwa 180 Gräber befinden. Das ergibt also für den ganzen Friedhof eine Gesamtzahl von rund 400 Bestattungen. Während heute das Durchschnittsalter etwa 45 Jahre beträgt, dürfen wir es für die Toten unseres Friedhofes auf 30 bis 35 Jahre ansetzen. Auf ein Jahrhundert wären also drei Generationen zu rechnen, auf die drei Jahrhunderte der Belegung somit rund zehn Generationen. Da 400 Bestattungen anzunehmen sind, zählte die Siedelung in jeder Generation etwa 40 Menschen. Es handelte sich also um zwei bis drei Sippen mit ihren hörigen Leuten, die hier ihre Toten begruben und die in der Nähe gewohnt haben müssen, sei es im Schutze der Mauern des dort befindlichen römischen Brückenkopfes, sei es dort, wo rheinaufwärts der Hertener Bach mündet. Die Siedelungen in der Zeit nach der alemannischen Landnahme durch die Römer boten ein ähnliches Bild, wie heute die zerstreuten Höfe auf dem hohen Schwarzwald. Diese Siedelungsform entsprach ganz dem Charakter der alemannischen Einwanderer, die in der Hauptsache Viehzüchter waren, die sippenweise siedelten und nach dem Zeugnis der römischen Schriftsteller die ummauerten Städte mieden.

Eine Betrachtung der Schädel ergibt, daß die alten Alemannen, die sich hier am Rhein niedergelassen haben, **durchaus keine reinrassigen Germanen waren. Die Kurzschädel sind ebenso häufig wie die Langschädel.** Es handelte sich also um ein **Mischvolk,** das viel fremdes Blut in sich aufgenommen hatte.

Die kurzen Hinweise auf die vielseitige Auswertung einer solchen Grabung sind noch keineswegs erschöpfend. Die erste Frage ist für den Fachmann wie für den Laien die nach den Funden, wobei es aber für den ersteren entscheidend darauf ankommt, daß genau beobachtet wurde und daß die Fundumstände niedergeschrieben und die Maße der Gräber eingemessen und in einen Gesamtplan übertragen wurden. Hier muß von vornherein zugegeben werden, daß solche reichen Funde, zum Teil aus Edelmetall, wie sie vor 50 Jahren in Herten gemacht wurden und die sich heute im Landesmuseum in Karlsruhe befinden, neuerdings nicht gemacht wurden. Unser Teil des Gräberfeldes zeichnet sich aus durch seinen Reichtum an Waffen, und zwar erfreulicherweise an gut erhaltenen Waffen aller Art, wie sie früher nicht gefunden wurden. Wir besitzen eine schöne Auswahl von Langschwertern (Spathen), Kurzschwertern (Skramasaxen), von Lanzenspitzen, Pfeilspitzen und Messern aller Formen und Größe. Selbst Knaben haben einen Sax als Beigabe erhalten. Es handelte sich offenbar um eine eiserne Zeit. Schöne Gürtelschnallen aus Bronze, einige auch mit Tierornamenten und Silberplattierung, ferner Beschlägstücke mit eingelegten Silberfäden, geben Zeugnis von dem Kunstsinn unserer alemannischen Vorfahren. Zur Ausrüstung des Mannes gehörten noch Feuerstein und Stahl. Groß ist die Zahl von Halsketten der Frauen mit vielfarbigen Glas-, Ton- und Bernsteinperlen. Auch römische Münzen fehlen nicht, die jedoch für eine zeitliche Festlegung der Gräber nicht in Frage kommen, da sie, wie das früher oft der Fall war, mehrere Jahrhunderte im Umlauf waren. An Frauenschmuck wären noch zu erwähnen Ohrringe, Fingerringe, Armringe, meistens aus Bronze, einige auch aus Silber, ferner Kämme, Haarnadeln und Zierspangen. Goldschmuck wurde, im Gegensatz zu den früheren Grabungen, nicht gefunden. Auch vollständige Gefäße fehlen.

Die Funde werden nach ihrer Präparierung im Landesmuseum wissenschaftlich bearbeitet und später veröffentlicht. Sie sind Eigentum der Stadtgemeinde Rheinfelden und stellen den Anfang eines Heimatmuseums dar, dessen Charakter und wissenschaftlicher Wert nicht in einem Vielerlei von ausgestellten Dingen besteht, sondern in der Geschlossenheit der Funde eines einzelnen völkerwanderungszeitlichen Friedhofes, wie sie in Baden bis jetzt noch nicht vorhanden und auch in anderen Ländern noch kaum zu finden ist.

Kuhn, Rheinfelden-Nollingen.

Schutz des Landschafts- und Ortsbildes

Im Kampf für wirksameren Heimatschutz hat der **Reichsverband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine** Entschließungen gefaßt, die die **restlose Beseitigung der Reklame** in der Landschaft fordern. Der Verein **Badische Heimat,** der Badische **Schwarzwaldverein** und die **Bergwacht Schwarzwald** haben ihrerseits in Baden und besonders im Schwarzwald für den Heimatschutz vor verunstaltender Reklame geworben und Wege gewiesen, wie vernünftig und zweckmäßig Außenreklame gemacht werden kann, ohne das Landschafts- und Ortsbild zu zerstören. Der Kampf gegen diese verunstaltende Außenreklame wird jetzt von der Bergwacht Schwarzwald und dem Badischen Schwarzwaldverein in deren Ortsgruppen intensiv durchgeführt. Durch Vorträge soll die gesamte Öffentlichkeit an diesen Kampf interessiert werden. Weiter fordern die Verbände auch durch Zuschriften an Bezirksämter, Stadt und Gemeindebehörden auf besonders krasse Auswüchse der Außenreklame hinzuweisen und Abhilfe zu fordern.

Die Zeit zu dem Abwehrkampf ist günstig, denn die Kaufkraft der Massen liegt sehr darnieder, auch hat die Außenreklame nie eine große Werbekraft gehabt. Die Amerikaner sind dabei, die Reklame, die wir ihnen jetzt nachmachen, zum alten Eisen zu werfen. In New York, in der weltbekannten fünften Avenue, dieser vornehmsten Geschäftsstraße der Welt, haben die Ladeninhaber beschlossen, kein Vorstehschild und keine Lichtreklame mehr zu verwenden. Sie haben eingesehen, daß eine gute Auslage und die regelmäßige Zeitungswerbung die erfolgreichste und damit auch die billigste Reklame ist. Von selbst wird es mit der Störung des Landschaftsbildes nicht anders. Nur durch Zusamenwirken von Gesetzgebung, Behörden, Presse und Heimatfreunden kann der marktschreierischen Gesellin das Schicksal bereitet werden, das sie verdient. Heimatschutz ist eine Angelegenheit, die das ganze Volk angeht.

Zur Schaffung eines Heimatmuseums in Badenweiler

In Oberweiler fand unter dem Vorsitz von Hauptlehrer **Bertschin** eine Zusammenkunft statt, welche sich mit der Einrichtung eines Heimatmuseums in Badenweiler beschäftigte. Der gutgeheißene Entwurf von Dr. **Scheffelt,** Badenweiler, sieht vor, daß das Museum einen Überblick über die Urgeschichte des Markgräflerlandes, über die Römerzeit und über die Entwicklung des Bäderwesens geben müsse. Auch der alte Bergbau und die Eisengewinnung des Markgräflerlandes sollen gezeigt werden. Um auch einen Grundstock zur Finanzierung des Museums zu haben, veranstaltete die Ortsgruppe Badenweiler des Vereins Badische Heimat, die die eigentliche Einrichtung des Museums übernehmen will, einen Heimatabend im Kursaal, der den Museumsplan durch die Eintritts- und Tanzgelder ein Stück vorwärts gebracht hat.

Die größte papiergeschichtliche Sammlung

In einem kleinen Haus des Schwarzwalddorfes **Mönchweiler** befindet sich, wie nur wenigen bekannt sein dürfte, die wohl größte Sammlung zur Geschichte des Papiers, die **Karl Theodor Weiß** im Verlauf eines Lebens zusammengebracht hat. Sie umfaßt in systematisch geordneten Entwicklungsreihen Originalpapiere mit Wasserzeichen aller Zeiten und Länder vom ersten Auftreten des handgeschöpften Papiers bis zum Maschinenpapier und zählt etwas über 80 000 Typen von rund 2000 deutschen Papiermühlen. Andere Teile der Sammlung enthalten die verschiedenartigsten Erinnerungsstücke an berühmte Papiermacher mit dem Nachweis von über 6000 Papiermachergeschlechtern, historischen Nachrichtenstoff über 2000 deutsche und mehr als 1500 außerdeutsche Papiermühlen, den Werdegang des Papiers von den Rohstoffen bis zu allen erdenklichen Verarbeitungen. Ferner eine Fachbücherei mit Manuskripten und Druckwerken aller Zeiten und die Kulturgeschichte des Papiers — mit Papierdenkmälern untergegangener Kulturen beginnend — bis zu den internationalen Beziehungen des Papiers im Weltverkehr.

Literarische Neuerscheinungen

Dr. Julius Wolf, Professor am Bundesrealgymnasium in Mödling bei Wien, **Römische Geschichte.** 2. Hälfte: **Die römische Kaiserzeit.** Mit 8 Tafeln. (Geschichte der führenden Völker. Herausgegeben von Heinrich Finke, Hermann Junker, Gustav Schnürer. 7. Band.) gr. 8° (VIII und 286 S.) Freiburg i. Br. 1932, Herder. 6,70 RM.; in **Leinwand** 8,50 RM.; in Halbfranz 10,80 RM. 10 Proz. **Preisermäßigung** bei Subskription auf das ganze Sammelwerk. — Die Entwicklung Roms zum universalen Weltreich — und die beginnende Dekadenz, das Morschwerden der ursprünglich lebenerfüllten geistigen und gesellschaftlichen Ordnung: das ist der Inhalt des neuen Bandes, der sich unmittelbar Vogts „Römischer Republik" anschließt.

Geschildert wird im einzelnen die originelle Schöpfung einer neuartigen Staatsform im Kaisertum, deren Entwicklung unter dem Einfluß des geistesgeschichtlich sehr merkenswerten Prozesses der Aufnahme hellenistisch-orientalischen Gedankengutes, die große Auseinandersetzung der Antike mit dem Christentum, der Einbruch der Germanen in den römischen Staatskörper...

Wie die „Geschichte der führenden Völker" überhaupt, verbindet auch dieser Band das Geistes-, Kultur-, Religionsgeschichtliche mit dem äußeren historischen Geschehen zu einem großen Gesamtbild. Übersichtlichkeit der Anordnung, Klarheit der Sprache machen das Buch nicht nur dem Gelehrten, sondern auch dem Studierenden, überhaupt jedem geistig Interessierten zugänglich.

Druck G. Braun, Karlsruhe

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg